



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Bayerische Unternehmen und Selbstständige entlasten: Auf Rückzahlung von Coronahilfen von Lockdown-Opfern verzichten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für den Verzicht auf die Rückzahlung von geleisteten Coronahilfen bei all jenen Unternehmen einzusetzen, die aufgrund eines Lockdowns geschlossen werden mussten.

Begründung:

Laut Institut der deutschen Wirtschaft Köln haben die schädlichen und absolut überzogenen „coronabedingten“ staatlichen Freiheitsbeschränkungen die bayerische Wirtschaft in den Jahren 2020 und 2021 jährlich rund 4,1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) gekostet, was einem staatlich verursachten Wirtschaftsschaden von fast 60 Mrd. Euro gleichkommt.¹

Im November 2022 hat das Bundesverwaltungsgericht nach dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof die besonders strengen Freiheitseinschränkungen, u. a. den sogenannten Lockdown vom Frühjahr 2020 durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder (CSU-Fraktion) für rechtswidrig erklärt.²

Um diesen immensen staatlich verursachten Schaden zumindest symbolisch zu kompensieren, begannen der Freistaat und der Bund mit der Bereitstellung diverser Coronahilfen. In Bayern wurden zwischen März 2020 und April 2022 im Rahmen der Coronahilfen insgesamt 10,3 Mrd. Euro ausgezahlt.³

Jedoch muss bedauerlicherweise ein großer Teil der geleisteten Coronahilfen von den bayerischen Unternehmen und Selbstständigen wieder zurückgezahlt werden. Entgegen einer früheren Ankündigung des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie werden die in Bayern ausgezahlten Coronahilfen nun einer genaueren Nachprüfung unterzogen. Für die knapp 300 000 betroffenen Empfänger von Coronahilfen in Bayern kommt das nun als Schock, zusätzliche Belastung und weiterer Hohn seitens der CSU/FREIE WÄHLER-geführten Staatsregierung.⁴

Die Rückzahlungsforderungen mögen in den meisten Fällen im Rechtssinne korrekt mit der Nichteinhaltung der erforderlichen Kriterien begründet sein.

¹ Grömlig M. (2022). Zwei Jahre Pandemie: Corona kostete bisher 350 Milliarden Euro Wertschöpfung. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/michael-groemling-corona-kostete-bisher-350-milliarden-euro-wertschoepfung.html>

² Jerabek P. (2022). Bundesrichter kassieren Söders Ausgangsbeschränkung. BR. URL: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/corona-urteil-bundesrichter-kassieren-soeders-ausgangsbeschraenkung.TNtqP18>

³ IHK München und Oberbayern (2022). Statistik Corona-Wirtschaftshilfen. URL: https://www.ihk-muenchen.de/ihk/Wirtschaftshilfen/Bayern_2022-04-25.pdf

⁴ VGSD (2022). Bayern überrascht mit Überprüfung der Corona-Soforthilfen. URL: <https://www.vgsd.de/unangenehme-post-fuer-soforthilfe-empfaenger-bayern-ueberrascht-mit-ueberpruefung-der-corona-soforthilfen/>

Schuld daran haben allerdings nicht hauptsächlich die Antragsteller, sondern vorrangig die Bundes- und Staatsregierung, da sie innerhalb von zwei Jahren neun verschiedene Coronahilfen eingeführt haben, alle mit einem undurchsichtigen Durcheinander unterschiedlicher Förderobjekte und -kriterien. Einige Kriterien wurden im Nachhinein sogar heimlich geändert.⁵

Daher sind Fehler in den Anträgen zum Großteil durch staatliches Verschulden zu erklären. Auf Rückzahlungen der Coronahilfen zu bestehen, ist deshalb in den meisten Fällen falsch. Dabei sollen selbstverständlich Rückzahlungen bei vorsätzlicher Täuschung erfolgen.

Abgesehen davon setzt der festgelegte Rückzahlungszeitraum der Coronahilfen die Erwartung einer starken Konjunkturerholung voraus. Doch aufgrund der Energiewende und bürokratischer Mehrbelastung ist das absolute Gegenteil der Fall: Das Institut für Weltwirtschaft Kiel erwartet für 2023 eine weitere Rezession von -0,7 Prozent des BIP und eine geschichtlich beispiellose Inflation von knapp 9 Prozent.⁶

In einer Zeit, in der bayerische Unternehmen und Selbstständige bei erschöpftem Eigenkapital mit explodierender Inflation, Lieferengpässen und neuen Bürokratiemonstern zu kämpfen haben, ist es konjunkturpolitisch und einfach auch moralisch falsch, auf eine Rückzahlung der Coronahilfen zu bestehen.

⁵ Tagesspiegel (2021). Bundesregierung änderte heimlich Bedingungen für Corona-Hilfen. URL: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/zum-nachteil-von-unternehmen-bundesregierung-aenderte-heimlich-bedingungen-fuer-corona-hilfen/26789462.html>

⁶ IfW Kiel (2022). Herbstprognose IfW Kiel: Hohe Energiepreise drücken deutsche Wirtschaft in Rezession. URL: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2022/herbstprognose-ifw-kiel-hohe-energiepreise-druecken-deutsche-wirtschaft-in-rezession/>